

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbandes Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreigestaltigste Zeile oder deren Raum berechnet

### Des deutschen Volkes Schicksalstag.

Sonntag, den 19. Januar, finden in Deutschland die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Zum ersten Male in der deutschen Geschichte werden an diesem Tage alle über 20 Jahre alten Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts an die Wahlurne gerufen, um mitzuentcheiden über das künftige Schicksal unseres Volkes und Vaterlandes. Jahrzehntlang hat die sozialistische Arbeiterklasse um dieses Recht gekämpft, es ihr verweigert worden von den Regierungen des alten Kaiserreiches, verweigert von den bürgerlichen Parteien, die wieder das Wahlalter auf das 20. Jahr herabsetzen, noch den Frauen das Wahlrecht geben wollten. Erst nach dem Siege der Revolution und dem Sturz der alten Herrschaft konnte die alte sozialdemokratische Forderung verwirklicht werden: eine sozialdemokratische Regierung hat mit der Verleihung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Volksgenossen in diesem Punkte das sozialistische Programm verwirklicht.

Das deutsche Volk wird nun am Wahltage zu zeigen haben, daß es politisch selbständig und daß es reif ist zur Bestimmung seines Geschicks. Es wird bis auf den letzten demokratisch gesinnten Mann und die letzte demokratisch gesinnte Frau an der Wahlurne erscheinen und entscheiden müssen, von wem und in welchem Sinne in Zukunft seine Verwaltung geführt und seine Geschäfte geleitet werden sollen. Es wird durch die Wahl zur Nationalversammlung auch gleichzeitig zu entscheiden haben über die Verfassung unseres Reiches, über die feste Verankerung und den Ausbau der revolutionären Erwerbungsformen und über die soziale Umgestaltung unserer Wirtschaft.

Das deutsche Volk wird an und vor diesem Tage umtoorden und umschmeichelt werden von allen bürgerlichen Parteien im Reich. Damit man sie nicht mehr erkennen, haben alle diese Parteien ihre Namen gewechselt. Selbst die reaktionären und volksfeindlichsten Parteien haben sich ein demokratisches Mäntelchen umgehängt. Parteien, die noch kurz vor der Revolution mannhalt das Dreifaltigkeitsschild verteidigt und jede Gleichberechtigung der Volksmassen mit Spott und Hohn zurückgewiesen haben, schwärmen heute unter neuem Namen für Volksrechte und buhlen um die Gunst der Arbeiter. Alle jene Parteien, die bis zum Ausbruch der Revolution den Frauen das Wahlrecht verweigert haben mit der Begründung, daß die Frau hinter den Kocktopf, aber nicht ins öffentliche Leben gehöre, werden heute in beweglichen Worten um die Stimmen der Frauen. Aber hinter den neuen Firnisbildern und den demokratisch schillernden Mäntelchen sind die alten Arbeiter- und Volksfeinde, sind die alten Reaktionäre verborgen, die durch ihre Politik das deutsche Volk ins Unglück geführt haben und die nur darauf lauern, von den Jähren von ihnen getriebenen, verachteten und enttäuschten Volksmassen unter falscher Flagge aufs neue zur Macht berufen zu werden, wobei sie hoffen, auf diese Weise die freigebliebenen Erwerbungsformen der Revolution zu verhindern und die soziale Umgestaltung unserer Wirtschaft zu verhindern zu können.

Die Sozialdemokratie, die bei Ausbruch der Revolution die Fühler der Regierung ergriffen und die sofort eine Reihe wichtiger Volksrechte verwirklicht hat, braucht sich solcher Mittel der Täuschung und des Betruges nicht zu bedienen. Sie ist die einzige Partei, die unter ihrem alten Namen und mit ihrem alten Programm vor die Wähler treten kann. Sie ist die einzige Partei, die seit Jahrzehnten fürstlos und unentwegt für die Gleichberechtigung der Arbeiter und der Frauen, für die Volksherrschaft und für alle Rechte und Freiheiten eingetreten ist, die nun durch die Revolution verwirklicht worden sind oder in nächster Zeit durch die Nationalversammlung verwirklicht werden sollen. Sie ist auch die einzige Partei, die ein klares, festumrissenes Zukunftsprogramm hat, das uns den Weg aus dem heillosen Elend des Krieges weist.

Gewaltige Aufgaben hat die Nationalversammlung zu bewältigen. Vor allem hat sie eine kraftvolle, auf demokratischer Grundlage ruhende Regierung zu bilden und ihre die Macht zu verteidigen, im Innern Ruhe und Ordnung zu schaffen, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, den hungrenden Massen Brot und den Arbeitslosen Arbeit und ebenfalls Brot zu schaffen. Die Arbeit ist die Grundlage unserer ganzen Kultur. Ohne Arbeit wachsen keine Nahrungsmittel, entstehen keine Kleider und keine Häuser. Ohne Arbeit gibt es keine Waren und keine Werte, für die wir Lebensmittel vom Ausland eintauschen können. Ohne Arbeit gibt es für ein großes Volk keine Bedürfnisbefriedigung und keinen Genuß. Darum muß die Organisierung der Arbeit für die Regierung der Zukunft die wichtigste Aufgabe sein. Wir müssen aus dem Chaos heraus und nicht, wie die Spartakusleute wollen, noch tiefer hinein. Ohne eine kraftvolle Regierung, die die Fäden der Verwaltung fest in der Hand hält und die sich bei ihrem Tun nicht auf die übergroße Masse des Volkes, sondern nur auf die übergroße Masse des Volkes, kommen wir aus dem Chaos nicht heraus. Die Nationalversammlung, die sich sitzt auf den bei den Wahlen zum Ausdruck kommenden Willen des Volkes, ist die Körperschaft, die der Regierung die Kraft zu ihrer gewaltigen Arbeit verleiht kann.

Nicht minder notwendig als die Organisierung der Arbeit und die Herbeiführung von Ruhe und Ordnung im Innern ist der rascheste Abschluß des Friedens nach außen. Ohne den Frieden nach außen und ohne die Ordnung und die Organisierung der wirtschaftlichen Arbeit im Innern bekommen wir vom Ausland weder die nötigen Lebensmittel zur Stillung unseres Hungers, noch die nötigen Rohstoffe zur vollen Wiederaufnahme unserer Produktion. Fleisch und Getreide, Baumwolle und Kupfer, Wolle und viele andere Dinge werden wir erst nach dem Abschluß des Friedens bekommen, und auch das nur dann, wenn wir den Lieferanten dieser Dinge die Bezahlung durch Ordnung im Innern und durch die Ausübung wirtschaftlicher Arbeit garantieren können. Darum ist der rascheste Abschluß des Friedens dringend nötig. Den Frieden aber werden wir wieder nur bekommen, wenn in Deutschland eine starke, auf dem Willen der Volksmassen begründete Regierung besteht, die den bisherigen Gegnern Deutschlands die Gewähr für die Durchführung der Friedensbedingungen bietet.

Die Spartakusleute predigen die Sabotage der Nationalversammlung. Sie reden den Arbeitern von der Beteiligung an den Wahlen ab und suchen die Wähler selbst zu verführen. Warum? Die Spartakusleute wollen keine Ordnung, sondern das Chaos im Innern, sie wollen nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges gegen die Entente nach außen. Sie hoffen auf die Hilfe der russischen Volksgenossen und der revolutionären Arbeiter der Entente.

Das deutsche Volk hat in absehbarer Zeit nicht auf diese Hilfe zu hoffen. In dem bolschewistischen Rußland herrscht selber Elend und Hungersnot, und wie es mit der Hilfe der englischen Revolutionäre bestellt ist, davon kann nach den kürzlich festgestellten Wahlen zum englischen Unterhaus kein Zweifel mehr sein. Alle hervorragenden Sozialistenführer und selbst die bürgerlichen Friedensstreunde sind bei diesen Wahlen durchgefallen. Sogar die liberal-sozialistische britische Arbeiterpartei hat von 707 Abgeordneten nur ganze 65 Mandate bekommen. Gewählt worden sind von der Masse der englischen Arbeiter die blutdürstigsten Kriegshüter und Imperialisten. Und auf diese Arbeiterpartei sollten wir deutschen Arbeiter unsere Hoffnungen setzen? Oder auf die französischen oder amerikanischen Sozialisten, die in ihren Ländern nicht minder einflußlos als die englischen sind?

Wir deutschen Arbeiter können nach Lage der Dinge unsere Hoffnungen zuerst in der Hauptsache nur auf uns selber bauen. Aus eigener Kraft muß sich unser Volk aus dem Abgrund erheben, in den es von unseren trügerischen Machthabern und von den Imperialisten der ganzen Welt geführt worden ist. Die Nationalversammlung

soll die Zusammenfassung dieser Kraft, die Zusammenfassung des Volkswillens zur höchsten politischen und wirtschaftlichen Leistung sein. Darum darf sich kein denkender Arbeiter und keine denkende Arbeiterin den Wahlen zur Nationalversammlung fernhalten. Es darf aber auch kein denkender Arbeiter und keine denkende Arbeiterin jenen reaktionären Parteien eine Stimme geben, die vor der Revolution von der Gleichberechtigung der Arbeiter und der Frauen nichts wissen wollten, die die Arbeiter verachtet und durch eine reaktionäre Klassenregierung entrechtet und geknechtet haben, und die nun unter falscher Flagge um die Stimmen der Arbeiter buhlen.

Die Stimmen der Arbeiterschaft gehören der Sozialdemokratie. Sie auf demokratischem Wege durch den Willen des Volkes zur Herrschaft zu bringen, heißt die Volksmassen selber zur Herrschaft bringen, heißt für Frieden, Brot und Freiheit und für die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus sein. Darum fordern wir unsere Kollegen auf, bei den Wahlen allein der Sozialdemokratie ihre Stimmen zu geben.

### Die wirtschaftliche Lage des Baugewerbes.

Weitere Schwierigkeiten für die umfangreiche Wiederaufnahme der Bautätigkeit sind: der Baugeldmangel, die hohen Baustoff- und Baulandpreise und natürlich auch die verhältnismäßig hohen Arbeiterlöhne. Ueber die Steigerung der Baustoffpreise mag folgende Tabelle Auskunft geben. Es folgten in Berlin:

Je 1000 Stck	Juli 1914	Dezember 1917
Hintermauerungssteine 1. Klasse 18,50 bis 21,50	60,- bis 75,-	
Berliner Kalksandsteine	18,50 19,50	63,- 68,-
Hintermauerungssteine	21,50 25,50	74,- 80,-
Handbreitziegel	25,50 30,-	75,- 80,-
Katzenberger Handbreitziegel	36,- 48,-	115,- 125,-
Bauflügel gelbe Verblender	46,- 60,-	150,- 190,-
170 kg Zement	5,85 7,50	20,25 23,85
75 „ Putzgips	1,60 1,70	4,- 4,50

Das ist in 3 1/2 Jahren eine Steigerung um das Drei- bis Vierfache des Friedenspreises. Inzwischen wurden aber die Baustoffpreise noch weiter erhöht. Demgegenüber ist die Steigerung der Arbeiterlöhne, die allerdings heute auch weit über 100 pZt. ausmacht, noch ziemlich bescheiden. Die Preise der Baugrundstücke wurden durch das fluchtartige Treiben der Terracingesellschaften schon vor dem Kriege maßlos in die Höhe getrieben. In den letzten Jahren wurden sie noch weiter erhöht. Infolge der ständig steigenden Nachfrage nach Wohnungen und der Erhöhung der Mieten fand in den letzten beiden Jahren ein starker Umfug in Grundstücken statt. Kriegsgewinnler, die ihre Beute in Grundstücken anlegen, Indusrielle, die sich für die Zukunft Baugelände sichern, schließlich auch Gesellschaften, die Gelegenheit zu Umschreibungen schaffen wollten, haben dabei durchweg sehr hohe, zum Teil außerordentlich hohe Preise gezahlt. Durch alles das wird natürlich das Bauen sehr stark verteuert, und da die Steigerung der Mieten in gleichem Maße wie die Baustoffsteigerung nicht möglich ist, so wird das Bauen auf eigene Rechnung für Private wie gemeinnützige Gesellschaften unrentabel und fastlich unmöglich gemacht.

Und noch ein Umstand wirkt heute der schleunigen und großartigen Herstellung von Wohnhäusern entgegen, nämlich die Unsicherheit unserer gesamten wirtschaftlichen Zukunft. Infolge des unglücklichen Kriegsausgangs — und zum Teil auch infolge der innerpolitischen Umwälzung — weiß man augenblicklich noch nicht, wie sich in Zukunft unsere gesamte industrielle Entwicklung und damit unsere Bevölkerungsbevogung gestalten wird. Es ist möglich, daß sich große Industrieregionen, die bei glühendem Kriegsausgang mit einer raschen Bevölkerungszunahme durch Zugzug usw. hätten rechnen können, nun infolge industrieller Verschiebungen auf eine weitere Bevölkerungszunahme werden verzichten, unter Umständen sogar mit einer mehr oder



weniger raschen Entvölkerung werden rechnen müssen. Ebenfalls ist damit zu rechnen, daß die Sozialisierung unserer Wirtschaft eine größere Bevölkerungsverschiebung mit sich bringt. Es ist nicht unmöglich, vielmehr sehr wahrscheinlich, daß infolge des unglücklichen Kriegsausgangs und der innerpolitischen Umwälzung ein starker Rückstrom unserer industriellen Bevölkerung aufs Land eintritt. Eine solche Unsicherheit muß natürlich auch auf den Bau von Arbeiterwohnungen hemmend wirken. Man baut nicht gern, wenn man nicht weiß, ob man in einigen Jahren für die Bauten auch noch Verwendung hat.

Diese Schwierigkeit könnte indessen wenigstens zum Teil überwunden werden, wenn man endlich schleunigt die Ausföhrung der längst geplanten Kriegerheimstätten und der ländlichen Siedlungen in Angriff nehmen würde. Man sollte damit nicht nur rasch Arbeit für das Baugewerbe, sondern man entlastete auch den städtischen Arbeits- und Lebensmittelmarkt, indem man wenigstens einen Teil unserer vielleicht dauernd überflüssig werdenden industriellen Bevölkerung und unserer kriegsbeschäftigten planmäßig produktiver landwirtschaftlicher Tätigkeit zuföhrt. Man darf wohl hoffen, daß unsere sozialistische Regierung diese Pläne energisch fördern und durch die Sozialisierung des Landdienstes noch erweitern wird.

Aber damit allein ist die augenblicklich herrschende Wohnungsnot nicht zu beheben, zumal ja auch der Siedlungsbaulichkeit Baustoffmangel und Baukostensteigerung hemmend im Wege stehen. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, hat man nach allerlei Auswegen gesucht. Auf der einen Seite ist man bemüht, das Bauen zu verbilligen: durch Anwendung sparsamer Baustoffe, Vereinfachung der Konstruktion, Zuspitzung der Bauteile und ähnliches. Es hat sich zur Förderung dieses Gedankens im „Reichsverband für sparsame Bauweise“ eine besondere Organisation gebildet, in der außer zahlreichen höheren Bautechniken und Baubeamten auch Sozialpolitiker und Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft mitwirken.

So notwendig angelehnt des unglücklichen Kriegsausgangs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Verarmung unseres Volkes in Zukunft die größte Sparsamkeit in unserm Bauwesen ist, so ist doch gegen diese Bewegung einiges Mißtrauen am Platze; denn es besteht die Gefahr, daß diese Bewegung die Sparsamkeit auf Kosten der Gesundheit, der Wohnlichkeit und Befuglichkeit der breiten Volksmassen übertritt, und daß die wehrlich nicht sehr großen kulturellen Ergründungen auf dem Gebiete unserer Wohnungswesen durch die Einführung einer ganz primitiven Bauweise (Erdbaukastenbau, Lehm-, Stampfbeton- und Holzbauten) wieder verloren gehen. Für das Baugewerbe bräuchte die Einführung solcher Bauweisen die schwersten wirtschaftlichen Nachteile, da sich die Sparsamkeit durch die Ausschaltung jährlicher Arbeitskräfte auf seine Kosten vollziehen würde.

Auf der andern Seite ist man bestrebt, die Wohnungsbaulichkeit durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel zu fördern. Reich, Staat und Gemeinden haben sich noch unter dem alten Regime bereit erklärt, gemeinnützigen Bauvereinigungen und privaten Unternehmern Aufschüsse zu schenken, die der Abwärtung der Baufostenübersteuerung dienen und die den Bau von Wohnungen trotz der augenblicklichen hohen Baufosten auch bei verhältnismäßig niedrigen Mieten rentabel machen sollen. Der Reichstag hat für diesen und für ähnliche Zwecke 500 Millionen Mark bewilligt, wovon der Bundesrat durch Verordnung vom 31. Oktober letzten Jahres vorläufig 100 Millionen zur Verfügung stellte. Die Aufschüsse werden nur für solche Gebiete gewährt, in denen ein dringendes Bedürfnis nach Klein- und Mittelwohnungen für die städtische und ländliche Bevölkerung besteht. Von den Aufschüssen trägt das Reich die Hälfte, vorausgesetzt, daß die Bundesstaaten oder Gemeinden ihrerseits allein oder zusammen die weitere Hälfte aufbringen. Die begünstigten Beschlässe wurden bereits von vielen Gemeinden und Bundesstaaten geföhrt. So hat die Wohnungs-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses diesem Parlament kurz vor seiner Auflösung durch die revolutionäre Regierung zur Bewilligung von Aufschüssen die Genehmigung von 150 Millionen Mark vorgeschlagen, ferner von weiteren 150 Millionen zur Übernahme von Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbauens und von ebenfalls 50 Millionen zu anderweitiger Förderung des Wohnungswesens.

Alle diese Maßnahmen wurden schon zu einer Zeit vorbereitet, als man in Deutschland fast ganz allgemein noch auf einen siegreichen Ausgang des Krieges hoffte. Aber schon damals wußte man, daß man die nach Kriegsende eintretende Wohnungsnot durch Neubauten nicht mit der nötigen Schnelligkeit werde beheben können. Man kann deshalb schon damals auf Notmaßnahmen, um bei Kriegsende für die Massen der Wohnungslosen wenigstens bis zur Herstellung ausreichender Dauerbauten bescheidene Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde der Ausbau hygienischer mehr oder minder einmündiger Dach- und Kellerräume zu Wohnungen beschloßlich erlaubt. Ferner wurde der Umbau großer Wohnungen in Kleinwohnungen, die Einrichtung von Bädern, Werkstätten, Bageräumen und öffentlichen Gebäuden zu Wohnzwecken

sowie die Aufstellung von Notkaraden vorgesehen. Die meisten dieser Arbeiten wurden, wie die Herstellung von Baustoffen und die Inangriffnahme von Dauerwohnungen, immer wieder hinausgeschoben. Man wollte nach der Einstellung des Waffenstillstandes die nötigen Arbeitskräfte für die Zwecke freigeben und rechnete im übrigen mit einer sich über Monate hinziehenden schrittweisen Demobilisation. Infolge der so plötzlich über uns hereinbrochenen Demobilisation war es nicht mehr möglich, auch nur die in Aussicht genommenen Notwohnungen in halbwegs ausreichender Zahl rechtzeitig fertigzustellen. Angesichts der großen Notlage, in der wir uns heute befinden, und den großen dem Dauerwohnungsbau sich entgegenstellenden Schwierigkeiten bleibt deshalb nichts anderes übrig, als mit größter Beschleunigung weitere Notwohnungen einzurichten. Für das Baugewerbe gibt es dabei nur wenig zu tun.

Die Aussichten für das Baugewerbe sind demnach für die nächste Zeit im allgemeinen ganz außerordentlich schlecht. Zwar gibt es infolge der Zurückstellung notwendiger Reparaturen während des Krieges in Stadt und Land eine ganze Menge Instandsetzungsarbeiten, aber auch bei diesen Arbeiten werden nur verhältnismäßig wenig Arbeiter gebraucht. Dazu kommt noch, daß selbst diese Arbeiten infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit zum Teil nicht mehr ausgeführt werden können. Auch werden sich selbst hier die hohen Baustoffpreise und die hohen Arbeiterlöhne in hemmender Weise bemerkbar machen. Mo, wie bei den Malern (Anstreichern), vielleicht reichlich Arbeit vorhanden wäre, wird es außerdem an wichtigen Materialien fehlen. Jedenfalls werden die Hunderttausende Bauarbeiter, die bereits aus dem Heeresdienst zurückgeführt sind oder demnächst entlassen werden, bei diesen Arbeiten nicht im entferntesten unterkommen, zumal auch für die auf Kriegsbauten überflüssig gewordenen Bauarbeiter Arbeit zu beschaffen ist. Es bleibt deshalb, wenn die Bauarbeiter nützliche Arbeit leisten und neue Werte schaffen sollen — und bei dem Stande unserer Volkswirtschaft ist das dringend nötig —, für die nächsten Monate nichts anderes übrig, als neben der — leider recht unproduktiven, weil nur auf kurze Dauer berechneten — Herstellung von Notwohnungen, der beschleunigten Baustoffherstellung und der Vorbereitung des Wohnungs- und Heimstättenbaus für das nächste Frühjahr (Ausschlachtungen, Straßenbau, Betonierungen usw.) umfangreiche öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen. Es wäre unjünglich, die Mittel der Allgemeinheit durch die Unterföhrung der Arbeitslosen in einem über die absolute Notwendigkeit hinausgehenden Maße nutzlos zu verwerflichen, wo unser Wohnungsmangel ein öffentlicher Notfall ist und unsere ganze wirtschaftliche Lage dringend die Herstellung neuer Werte erfordert.

Die Verbände der Arbeiter und Arbeitgeber des Baugewerbes haben, um die Beschöpfung von Arbeitsaufträgen zu fördern, die Arbeitskräfte planmäßig zu verteilen und auf die Bereitstellung von Baustoffen, Geräten und Transportmitteln hinzuwirken, neuerdings wieder eine zentrale Arbeitsgemeinschaft mit Unterabteilungen in den Einzelstaaten, Provinzen und Städten gebildet. Mächtigen Behörden und Private ihren Anregungen und Forderungen ohne Stömen Rechnung tragen, damit das Baugewerbe, das so viele andere Gewerbe in Mitleidenschaft zieht, möglichst rasch zu produktiver Tätigkeit kommt und die herrschende Wohnungsnot durch die Herstellung ländlicher und städtischer Dauerbauten in einer für die Gesellschaft nützlichen Weise rasch und gründlich beseitigt wird! (H. Göttinger in der „Neuen Zeit“)

### Um die Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft.

Von einem Berliner Statistiker erhalten wir folgenden Aufsatz an die Statistiker:

Statistiker! Kollegen! Gedächtnis an Leib und Leben und auch an Paß, das ist für uns bei Kriegsende des Weltkrieges. Denkt an die blühenden, kräftigen Gestalten von 1914 zurück — man kennt sie kaum wieder; abgemagert, elend, siech, verstimmt, so trifft man sich nach dreieinhalb Jahren in den Bahnhöfen oder Arbeitsnachweisen wieder. Eine große Anzahl der Kollegen fehlt. Darunter einige Krüppel, die uns geföhrt haben. Sie alle kommen nicht wieder; sie liegen auf den Schlachtfeldern Europas begraben. Jungen Nachwuchs haben wir in den letzten Jahren nicht erhalten und erhalten wir voraussichtlich auch in den nächsten zwei Jahren nicht. Da müssen wir nun die vorhandenen Arbeitskräfte Lebens- und arbeitsfähig zu erhalten verjüngen. Dazu gehören ausreichende Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jetzt heißt es: Aufpassen für die kommende Zeit! Wir sind während des Krieges mit unsem Lohn- und Arbeitsbedingungen weit ins Hintertreffen geraten. Der Lohn reichte zum Lebensunterhalt nicht aus, man ließ uns Überstunden arbeiten, die aber als solche nicht bezahlt wurden. Kollegen! Laßt Euch nicht einfallen von einem Teil der Preise, der „Steinbofen“ mit einzutreffen, der den Arbeitern Mühseligkeit preibt und laßt: Steht wäre Bervat am Wasserlaube. Ich kann nicht einsehen, daß wir gerade die Steinbofen sein sollen. Wir alle wissen, daß wir ohne Druck bei unsern Unternehmern noch nie etwas erreicht haben. In Berlin wurden Verhandlungen auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden ohne gegenwärtige Zugeständnisse der Unternehmer abgebrochen. Kollegen! unsere heutigen Löhne haben nicht die Kraft, die sie

zu Kriegsbeginn hatten; wir verlangen, daß die Differenz ausgeglichen wird. Weiter müssen die Lohnunterstützende sozialen Bau- und Arbeiterarbeiten verschärft werden. Aber Statistikerarbeiten müssen paritätisch und obligatorisch sein, wo in erster Linie die Mitglieder-Vertragsparitäten berücksichtigt werden. Bei Entlassungen haben die im Betrieb beschäftigten Kollegen Mitbestimmungsrecht als Grundlage, daß die am längsten Beschäftigten zuerst ausgestellt werden. Durch dieses Mitbestimmungsrecht würde das Antreibsystem erledigt sein. Von Seiten der Arbeiter, wo vor dem Krieg eine achtstündige Arbeitszeit bestand, muß die volle Arbeitszeit um 3 Stunden verringert werden, damit der Sonnabendnachmittag frei wird. Kollegen, diskutiert die vorliegenden Forderungen und macht sie Euch zu eigen. Insbesondere muß das Antreibsystem fallen, damit jeder Paß, Stroh und Strohbe an seinem Arbeit hat. Ocean an die Arbeit für die kommende Zeit! Züßdorf, Berlin.

Wie man sieht, wendet sich der Aufsatz des Kollegen Züßdorf in einem Sach auch gegen den „Grundstein“. Es scheint uns geboten, folgendes dazu zu sagen:

Wir stimmen mit dem Kollegen Züßdorf darin vollkommen überein, daß alles gegeben muß, um die heute noch vorhandenen Arbeitskräfte lebens- und arbeitsfähig zu erhalten. Es fragt sich nur, ob und mit welchen Mitteln dieses Ziel erreicht werden kann. Kollege Züßdorf scheint dieses Ziel zu glauben, daß es allein erreicht werden könne durch Erhöhen der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn das der Fall wäre, könnten die großen Schöpferkräfte, in denen sich die deutsche Arbeiterschaft, ja das ganze deutsche Volk mit wenigen Ausnahmen heute befindet, sehr leicht behoben werden. Die deutsche Arbeiterschaft hat ja heute die politische Macht in den Händen; es wäre schließlich nicht unmöglich, die Löhne auf das Doppelte oder Dreifache ihres heutigen Betrages zu erhöhen. Ja, theoretisch wären der Lohnverhöhung bei der jetzigen Arbeitslosigkeit der Unternehmer, wenn die Arbeiter auf das Wirtschaftslieben und auf ihre eigene Zukunft keine Rücksicht nehmen wollten, überhaupt keine Grenzen gesetzt. Schließlich brauchte es nicht einmal an nötigen „Geld“ zu fehlen. Die Regierung brauchte nur alle deutschen Steuererlöse mit dem Druck von weiteren Papiergeld zu beauftragen, damit Sonnabends immer die nötigen Löhne vorhanden wären. Wer glaubt denn jemals, daß sich damit allein die Lage der Arbeiter wesentlich verbessern würde? Nein, so einfach ist die Not der Arbeiter nicht zu beheben!

Was den deutschen Arbeitern und dem ganzen deutschen Volke (mit Ausnahme der Erzeuger und Geschäftshändler) augenblicklich fehlt, sind ja vor allem Waren und Lebensmittel. Durch seine Lohnverhöhung und durch sein noch so eifriges Arbeiten der Lohnverhöhung können mehr Waren und Lebensmittel herbeigeschafft werden, als nun einmal vorhanden sind. Wenn morgen für die ganze deutsche Arbeiterschaft, für alle Beamten und Angestellten, für alle Rentner und Unterföhungsempfänger die Löhne, Gehälter, Renten und Unterföhungen verdoppelt oder verdreifacht würden, so würden damit immer noch nicht die Waren und Lebensmittel herbeigeschafft, die uns einzeln und allein vom Hunger und Elend heilen können und die die Grundvoraussetzung sind für Erhaltung der noch vorhandenen Arbeitskräfte. Eine allgemeine Verdoppelung der Löhne, Gehälter und Renten heißt solange keine allgemeine und dauernde Verbesserung der Lebenslage, sondern nur eine weitere allgemeine Entwertung des Geldes zur Folge, als nicht genügend Waren vorhanden sind. In ganz kurzer Zeit würden sich, infolge der steigenden Nachfrage nach den nur in durchaus unzureichenden Mengen vorhandenen Waren und Lebensmitteln, die Preise verdoppelt haben und alles würde wieder beim alten sein. Wir haben ja dieses Spiel während des ganzen Krieges immer wieder aufs neue erlebt, und sein Schicksal hat uns da schätzen können. Wohl aber hat sich infolge der hohen Preise und der Geldentwertung allmählich die Gefahr herausgebildet, daß unsere Industrie konkurrenzunfähig wird und daß unsere ganze Wirtschaft allmählich ins Stöden gerät.

Was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich, daß es ein Aktus ist, wenn Arbeiter glauben, durch eine schrankenlose, die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht berücksichtigende Erhöhung der Löhne ihre Lage dauernd verbessern zu können. Hohe Löhne haben an sich für die Arbeiter noch gar keinen Wert, sie erhalten einen Wert erst dann, wenn die Arbeiter viel dafür kaufen können. Viel kaufen können aber die Arbeiter so lange selbst bei den höchsten Löhnen nicht, als nicht genügend Waren und Lebensmittel vorhanden sind und die Preise auf einer mäßigen Höhe sind. Die Erzeugung von Waren, und zwar von so viel Waren und Lebensmitteln, daß sie zur Verfröchtigung des ganzen Volkes ausreichen, ist darum für die Arbeiter zurzeit wichtiger als selbst die Erhöhung der Löhne. Sie ist die Grundvoraussetzung für eine ausreichende Beschöpfung der Preise und für eine wirkliche und dauernde Besserung unserer Lage. Ohne sie muß auf die Dauer jeder Versuch, die noch vorhandenen Arbeitskräfte lebens- und arbeitsfähig zu erhalten, an seiner inneren Unmöglichkeit scheitern. Wenn wir dies in letzter Zeit wiederholt ausgesprochen haben, so nicht, um die Arbeiter einzuschüchtern, wie Kollege Züßdorf meint, sondern um sie aufzuklären zum Nachdenken und zur Erkenntnis ihrer Lage. Es wäre fäustlos, ja geradezu verwerflich, wollten wir die Arbeiter in den Wahn wiegen, als ob sie allein durch Lohnverhöhungen ihre aus der Armut Deutschlands entspringende tiefstaunige

Lage dauernd verbessern könnten, während dies in Maß-

Zeit nur durch produktive Arbeit aller Mitglieder

aneres Wohlfühl erreicht werden kann.

Kollege Jüßborg sagt, wir Bauarbeiter seien während

des Krieges mit untern Lohn- und Arbeitsbedingungen

gegenüber anderen Arbeitergruppen weit ins Hintertreffen

gekommen. Das ist durchaus richtig. Wegen unserer Kollegen

haben sich selbstverständlich unsere Wohnungen zur

Wahrung der Wohnforderungen auch nicht geändert. Sie

richteten sich vielmehr gegen das rücksichtslose und selbst-

willige Vorgehen einzelner Arbeitergruppen, die bis zum

Ausbruch der Revolution als „Selbst- oder Inorganisierte

die treuen Stützen ihrer Unternehmer waren, die damals

weder für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft noch für

einen Streik zu haben waren — beweist ja dies zu jener

Zeit noch Olfert folgte! — und die Seite mit welcher

Wohlfühl über unser zertrümmertes Wirtschaftsleben her-

traten, um auf Kosten der Gesamtheit für sich

übermäßige Lohnforderungen herauszufischen, obne danach

zu fragen, was durch ihr Vorgehen aus der übrigen Ar-

beiterchaft und der ganzen Volkswirtschaft wird. Jedem

Denkenden muß es doch klar sein, daß alle über ein gewisses

Maß hinausgehenden Lohnforderungen nicht mehr der Un-

ternehmer aus seinem Profit zahlen kann, sondern daß hier

die Verbraucher durch Zahlung höherer Preise bluten

müssen. Das aber bedeutet für die gesamte übrige Arbeit-

erschaft nicht nur eine weitere Verdrängung ihrer Kaufkraft

und eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensstellung,

sondern es bedeutet auch die Gefahr des Stillstandes der

nicht angeschafft werden. Und wie in jedem kleinen Haus-

halt die letzten Kleider und Bekleidung vollständig erschöpft

sind, so sieht es auch im großen Wirtschaftsleben aus. Wo

früher wohlgefüllte Lager von Rohstoffen sich türmten, da

gähnt jetzt die Aere. Der klapprige Eisenbahnwagen, der

vor dem Kriege längst außer Acht gelassen worden wäre, muß

heute noch seine unzureichenden Dienste verrichten. Im Ganzen

und Gebäuden, an Straßen und Wegebauten sind jahrelang

die notwendigen Reparaturen unterblieben. Und so ist es

überall, wo wir hinschauen.

Wie kann das alles erlegt, wie können die Lücken ge-

füllt, wie kann dem Mangel abgeholfen werden? Kurz gesagt

hat uns gelehrt, daß die Arbeit, und nur sie allein, die Quelle

aller Werte ist. Ungeheure Werte sind verloren gegangen;

nur durch die Arbeit können sie wieder geschaffen werden.

Wollen wir also wieder aus dem Abgrund des Elends uns

zu Reichtum und Glück emporschwingen, so dürfen wir uns

nicht in den bequemlichkeitslieblichen, sondern wir müssen

arbeiten. Es gibt nicht außer der Arbeit, was uns

aus dem Verlorene wiederbringt. Wer dem

Volke einreden will, daß jetzt ein Schlaraffenland des

Wohliganges und der Wohlglückseligkeit beginnen könne, der

verwirrt das Kriegsgeld für alle Zukunft. Der Kapitalist

von früher konnte noch andere für sich arbeiten lassen und

selber faulenzeln, das Volk in seiner Gemeinschaft hat aber

auch im demokratischen Staat niemand, den es für sich

arbeiten lassen kann. Wenn es nichts tut, so erhält es auch

nichts.

Aber warum haben wir denn selber den Achtstundentag

eingeführt, anstatt die alte Arbeitszeit zu belassen? Wir

konnten es tun, weil durch den Achtstundentag die Arbeits-

leistung des Volkes als Gesamtheit nicht vermindert wird.

Der Genosse Soziologe Ernst Abbe, der Begründer der

Heinrichs Stiftung, hat durch genaue Experimente fest-

gestellt, daß der Arbeiter bei Arbeitszeit bis Arbeits-

zeitigkeit bei Arbeiter so hoch, daß er tatsächlich in acht

Stunden mehr leistet, als er früher in neun geleistet hat.

Noch mehr! Wer nur acht Stunden täglich arbeitet, hat

genügend Zeit zur Erholung, er bleibt deswegen auch bis

in ein höheres Alter hinein gesund und wird weit später

invalide als der, der längere Zeit am Tage arbeitet. Während

der durch lange Arbeitszeit ausgeleitete Arbeiter vielleicht

schon nach 20 oder 25 Jahren Arbeitsleistung invalide wird,

kann der Achtstundentag Arbeiter 30 bis 40 Jahre rüstigen

Schaffens erreichen. Der private Unternehmer hat das nicht

bedacht, ihm konnte es ganz gleichgültig sein, ob seine Ar-

beiter früher oder später invalide wurden; denn für den Zu-

wachsen konnte er jederzeit einen Gesunden einstellen, der

die sozialistische Gesamtheit ist auf das höchste an der Frage

interessiert, ob ihre Mitglieder im Durchschnitt nur 20 oder

ob sie 30 bis 40 Jahre für die Gesamtheit produktiv wirken

können.

Aber wie alles seine Grenzen hat, so hat bei einem

gewissen Grad auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf die

Arbeitsleistung zu leigern. In ein oder zwei Stunden wird

kein Mensch jemals das leisten, was er früher in acht Stun-

den geleistet hat, auch wenn er während dieser Zeit noch so

effizient tätig ist. Gilten wir die Gesellschaft in dem Zustand

Soll Deutschland ein Zollhaus werden?

Diese Frage wird in einer Broschüre behandelt, die so-

eben als Revolutionsflugblatt im Vorwärts-Berlag in

Berlin erschienen ist und gegen Einsendung von 20 Pf

an jedermann portofrei versandt wird. Das zweite Kapitel

dieser Schrift behandelt die Schürung von Streiks durch die

Spargruppen und die Forderungen auf weitere Ver-

zierung der Arbeitszeit. Es lautet:

Achtstundentag oder Nullstundentag?

Die Revolution hat zwar die Ausbeutung des Menschen

durch den Menschen nicht mit einem Schlage beseitigt, sie gibt

aber die Gewähr dafür, daß diese immer geringer und in

absehbarer Zeit ganz verschwinden wird. Durch planvolle

Sozialisierung werden schon in nächster Zeit alle wesent-

lichste Betriebsmittel in die Hände des Staates übertra-

Bau von Kleinwohnungen in Groß-Berlin.

Das Nachrichtenblatt des Reichsanwalts für wirtschaftliche

Demobilisierung schreibt: Das einzige Gewerbe, das sofort

ohne Zuhilfenahme fremder Rohstoffe in Betrieb gesetzt wer-

den kann, ist das Baugewerbe. Zurzeit fehlen in Groß-

Berlin ungefähr 60 000 Wohnungen. Lösung mit einer

großen Abwanderung geredet werden muß, so könnte mit

der Schaffung von zunächst wenigstens 10 000 Wohnungen

gleich begonnen werden. Dadurch könnten etwa 15 000 Bau-

arbeiter Beschäftigung finden, und der Arbeitslosigkeit

würde gesteuert werden. Eine Reihe von Gemeinden und

Baugewerkschaften haben ihr Programm bereits auf-

gestellt. Mit dem Bauen ist aber vorerst nur in Schöne-

gang der Gesamtarbeitslosigkeit nicht unterbroch. Die Ver-

eine der Großstädte hatten, wie in früheren Berichten auch,

eine bedeutend stärkere Arbeitslosigkeit als die Vereine der

beiden anderen Ortsgrößtenklassen. In allen drei Monaten

stand dort das Verhältnis der gemittelten Arbeitslosigkeit

zum Mitgliederanstand über dem allgemeinen Durchschnitt in den

Mittel- und Kleinstädten. Bei der am Schluß der Monate

verbliebenen Arbeitslosigkeit waren die Unterschiede zwischen

den Ortsgrößtenklassen zwar bedeutend geringer, doch zeigten

sich auch hier in den Großstädten die unangünstigeren, in allen

drei Monaten den allgemeinen Durchschnitt übersteigenden

Verhältnisse. Im September hatte die Arbeitslosigkeit in den

Mittelstädten etwas zugenommen, so daß ihr Verhältnis am

Schluß des Vierteljahres mit dem der Großstädte gleichstand.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit, betrachtet nach den auf ein

arbeitsloses Mitglied im Durchschnitt entfallenden Arbeits-

losentagen, ergibt ein entgegengesetztes Bild. Denn in den

Großstädten mit ihrer verhältnismäßig größeren Arbeitslos-

entage trat den einzelnen Arbeitslosen durchschnittlich eine

bedeutend längere Arbeitslosigkeit als in den beiden andern

Ortsgrößtenklassen. In den Mittel- und Kleinstädten über-

traf die Arbeitslosigkeitsdauer die der Großstädte ungefähr

um das Doppelte. In den Monaten Juli und August

hatten die Kleinstädte, im September die Mittelstädte hierin

die unangünstigeren Verhältnisse. — Nach den überhaupt mög-

lichen Arbeitstagen, im Verhältnis zum Hundert latender-

er Arbeitslosen, berechnet, entspricht die Dauer der Arbeits-

losigkeit in ihrem Verlauf dem der gemittelten Arbeitslosen.

— Von den einzelnen Großstädten treten Posen, Hamburg und

Verhältnis der Arbeitslosen zum Tausend der Mitglieder in den Vereinen der Großstädte.

Table with 4 columns: Stadt, Juli, August, September. Rows list various cities like München, Augsburg, Darmstadt, etc.

Die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr nach Ortsgrößtenklassen.

Die schon im vorigen Vierteljahr berichtete Abnahme der

Arbeitslosigkeit hat sich in diesem Vierteljahr fortgesetzt.

In den Mittel- und Kleinstädten wich die Arbeitslosigkeit von



Die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr 1918 nach Ortsgrößenklassen.

Table with columns for Ortsgrößenklassen, Arbeitslose, and Arbeitslosenquote. Includes sub-tables for months Juli, August, and September.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Text describing the results of the 23rd December survey, mentioning 115,181 unemployed workers and the impact of the winter season.

Table showing unemployment statistics by region (e.g., Königsberg, Bromberg, etc.) with columns for total unemployed and percentage.

Das Tariff- und Schlichtungswesen gesetzlich geregelt.

Text explaining the legal regulation of tariff and arbitration work, mentioning the role of the Reichsarbeitsamt and the impact of the new laws.

Text discussing the general conditions of tariff contracts and the role of the Reichsarbeitsamt in mediating disputes.

Gewerkschaftliches.

Text regarding the activities of trade unions, including the formation of a Reichsgewerkschaftsamt and the role of the Reichsvereine.

Bücher und Schriften.

Text listing various books and publications, including 'Gesetze und Verordnungen der sozialistischen Republik' and 'Das Wahlgesetz zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung'.

Veranstaltungen des Vorstandes.

Text announcing meetings and events organized by the board, including a meeting on the 27th of the current month.

Verzeichnis der beitragsfreien Mitglieder.

Text listing members who are exempt from contributions, including those who are elderly or have become invalid.

Text listing various associations and their members, including the 'Verein der Arbeitervereine' and 'Verein der Arbeitervereine'.

Zentralfrankentasse.

Text regarding the Central Franconian Cash, including a list of members and their contributions.

Sterbetafel.

Text listing obituaries for several individuals, including Karl Metchen, Hermann Mücke, and August Weidner.

Versammlungen.

Text announcing upcoming meetings, including a meeting of the Central Franconian Cash on the 26th of the current month.